

## **Vortrag im Rahmen des Wahlkampfes**

### **Zur Europawahl 2014**

---

#### **Ein demokratisches Europa ???**

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Der Kandidat kommt, hält eine flammende Rede. Die Parteimitglieder und die Anhänger applaudieren. Der Kandidat entschwindet und die Gruppe der Neugierigen, der Kritischen, der Wechselwähler, der Nichtwähler geht enttäuscht nach Hause, weil ein Austausch zwischen dem Souverän, dem Volk, und seinem Vertreter oder zukünftigen Vertreter nicht stattgefunden hat. Der Volksvertreter hat dem Volk gesagt, was es wollen soll.

So wollen wir es nicht halten. Wir machen auch keine Tour d'horizont durch die Welt der Politik, sondern wenden uns einem Gegenstand zu, der seit ein paar Jahren unser Leben beeinflusst, wie kein politischer Vorgang seit dem kalten Krieg, bei dem Deutschland als der Kampfplatz ausgesucht war für den Fall, dass sich ein echter Krieg daraus entwickeln würde. Wir gehen nach Europa.

Wir nehmen uns zunächst nicht das Euro-Desaster vor, obwohl es jedem Europäer und sonach auch jedem Deutschen auf die Seele drücken müsste und eigentlich das Thema dieses Bundestagswahlkampfes sein müsste. Aber die Dinge liegen auf geheimnisvolle Weise anders: „Wahlkampf paradox: Deutschlands Politiker streiten über fleischlose Kantinentage, über das Betreuungsgeld oder einen Boykott der Olympischen Winterspiele im schwulenfeindlichen Russland – als hätte die Republik keine wirklichen Probleme. Dabei liegt weiterhin die europäische Schuldenkrise wie ein dunkler Schatten über der Zukunft des Landes. „Und die Bürger wissen das ebenso gut wie die Politiker“, schreibt eine Journalistin in einer großen deutschen Tageszeitung. Aber das Thema wird mit Sorgfalt beschwiegen, es findet nicht statt, obwohl nichts unser wirtschaftliches und politisches Schicksal schon in der nahen Zukunft so beeinflussen wird, wie der Euro und Europa.

Wie kann das sein? Ein paar Fakten zur Einstimmung: Das bis zu Beginn der 70er Jahre schuldenpolitisch einigermaßen solide Deutschland, vor allem in Ansehung der nach dem Krieg zu schulternden Kriegsfolge- und Aufbaulasten, **verfünffachte** die Staatsschuldenlast in der Brand-Schmidt-Zeit während des Zeitraums von 1970 bis 82. 5 % Inflation sei ihm lieber als 5 % Arbeitslose, dozierte der Weltökonom Schmidt, nach dem inzwischen in Hamburg eine ehrwürdige Universität benannt wurde. Er hatte zuerst die Inflation und dann die Arbeitslosen. Für jeden ökonomischen Fußsoldaten war das vorhersehbar. Die Sparvermögen schmolzen, die Steuereinnahmen kletterten vor allem durch den inflationsbedingten Effekt der so genannten heimlichen Steuererhöhungen und dennoch stieg die jährliche Nettoneuverschuldung des öffentlichen Sektors rapide an.

Danach kam die Wiedervereinigung. Rund 1,5 Billionen wurden zum Aufbau eines durch Krieg, Nachkriegsausbeutung durch den „großen Bruder“ und den gemeinen Sozialismus zerstörten Landstrichs zwischen Harz und Oder aufgewendet. Die Verschuldung allein des Bundes stieg in der Zeit von 1990 bis 2000 von rund 300 auf knapp 750 Mrd. Euro. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hände verdoppelte sich reichlich von 536 auf 1,2 Billionen Euro. Und von 2000 bis heute hat sie sich noch einmal fast verdoppelt auf über 2,2 Billionen Euro, in diesen letzten etwas mehr als 20 Jahren also gut vervierfacht. Die letzte Schuldenverdopplung fand unter dem Regime der neu geschaffenen europäischen Währung statt in einer Zeit des europäischen Friedens, der Abschmelzung der Verteidigungsausgaben als „Friedensdividende“ und unter dem EU-Verbot, mehr als 60 % des BIP als Schuldenquote zuzulassen. Diese Quote hatten wir im Jahr 2000. Heute sind wir bei über 80 %.

In der Rot-Grünen-Zeit wurde auch das Maastrichter Defizit-Kriterium, also der Prozentsatz gemessen am BIP der jährlichen Haushaltsfehlbeträge, 3-Mal hintereinander gerissen: 2003, 2004 und 2005. Und da das in Frankreich auch so war, wurden die Spielregeln geändert, um einem Defizitverfahren zuvor zu kommen. Ein Vorgang, der gewissermaßen der Türöffner war für die vielen Rechtsbrüche, die wir seither in Europa erleben. In 2008 gab es die Finanzkrise, von Amerika importiert, erzeugt durch Alan Greenspans hemmungslose Staatsanleihekäufe und seine Niedrigzinspolitik verknüpft mit einer Geldmengenausweitung, die nichts mit dem realwirt-

schaftlichen Wachstum zu tun hatte. So war durch die privatrechtlich organisierte amerikanische Notenbank eine Immobilienblase erzeugt worden, die durch eine Gesetzgebung der Clinton-Administration befeuert worden war, auf Grund derer auch leistungsunfähigen Kreditnehmern Darlehen gewährt werden mussten, wenn sie damit eine Wohnung kauften. („Ein Besitzbürger ist weniger kriminell“ war die dahinter stehende Logik.)

Diese Krise betraf vor allem den Bankensektor und hatte im eigentlichen Sinne mit der Staatsverschuldung nichts zu tun. Es kam an die Oberfläche, was der seriöse Teil der wissenschaftlichen Volkswirtschaftler von Anfang an behauptet hatte: **Der Euro kann als Einheitswährung für Staaten mit völlig unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Strukturdaten und soziokulturellen Traditionen und Bedingungen niemals funktionieren. Es hat ein solches Experiment am offenen volkswirtschaftlichen Herzen einer Währung in der Weltwirtschaftsgeschichte noch niemals gegeben.** Die Hybris der politischen Oligarchien der europäischen Staaten ist über Sachverstand erhaben. Wenn die Politik das will, hat sich die Wirklichkeit dem zu fügen. Der Euro ist eben nicht nur eine Währung, sondern ein Symbol der Einigung Europas. Ein Auto ist eben nicht nur ein Fahrzeug, sondern auch ein Statussymbol. „Wir mussten die Verträge brechen, um den Euro zu retten“, sagte Frau Lagarde, vormalige französische Wirtschaftsministerin, gelernte Juristin und Amerikanistin und jetzige IWF-Chefin dem Wallstreet Journal am 18. Dezember 2010. Sie hatte damit insbesondere das Haftungsverbot des Art. 125 AEUV, eines der beiden Lissabon-Verträge gemeint, der in seinem Abs. 1 sagt: „Ein Mitgliedsstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaates.“ Dieses gilt auch für die Union als ganzer gegenüber einem oder mehreren Mitgliedstaaten.

Die Operation am offenen Herzen ohne jede medizinische Indikation, die zahlreichen Rechtsbrüche durch Regierungen der EU-Staaten, der Kommission und der EZB führten zu den Ergebnissen, die wir heute haben:

- Die Verschuldung der Euro-Länder liegt im Durchschnitt bei 90 % der jeweiligen Werte des BIP statt 60 % wie vertraglich vereinbart.
- Das Wirtschaftswachstum des Wirtschaftsraums der Euro-Staaten ist seit Jahren das niedrigste aller großen Weltregionen einschließlich des südlichen Afrika.
- Staaten sollen für die Schulden anderer Staaten haften. Eine Entverantwortlichung nationalstaatlicher Politik, die so geistreich ist, wie eine innerstaatliche Regelung, wonach Hauseigentümer für die Hypothekenschulden der Nachbarn in der Umgebung ihres Wohnquartiers einzustehen haben.
- Die EZB kauft Staatsanleihen von Staaten, die sich am Kapitalmarkt nicht refinanzieren können und dies ohne angemessene Sicherheiten. Sie erhöht die Geldmenge und senkt die Zinsen nach amerikanischem Vorbild mit den voraussehbaren Folgen von Finanzkrisen nach amerikanischem Vorbild.
- In diesem Jahr schmelzen die deutschen Sparvermögen durch diese Mechanismen um ca. 11 Mrd. Euro, im nächsten Jahr um ca. 17 Mrd. usw. Den öffentlichen und privaten Schuldnern der Problemländer wachsen Erleichterungen in entsprechender Höhe zu.
- Im durchschnittlichen BIP pro Kopf ist Deutschland in der Euro-Zeit vom 2. auf den 7. Platz zurückgefallen in Europa.
- Am 14. Juni 2013 erhält die Bundesregierung vom Bundestag die Ermächtigung, die Bankenaufsicht über große Banken an die EZB zu übertragen, was bedeutet, dass eine nationale Kontrollbefugnis über 135 Mrd. Euro Unternehmensvermögen an die EZB abgetreten wird, die ihre Unabhängigkeit begreift als die Freiheit, nach Belieben gegen EU-Recht zu verstoßen.
- Dieser Vorgang löst zugleich aus eine Zustimmung der Bundesregierung zur Refinanzierung südeuropäischer Banken mit derzeit etwa 500 Mrd. Euro aus dem ESM, ohne dass noch einmal das Parlament dazu befragt werden muss. Wahrscheinlich wird für diese Operation ein Geldbetrag von 1,1 Billionen erforderlich sein. Ausgang der Operation ungewiss.

- **Der Bundesfinanzminister erklärt, dass derzeit - jenseits aller nationaler Schulden, von denen bereits die Rede war - Deutschland 310 Milliarden Euro Haftungsrisiken zu tragen hat für das Euro-Rettungswerk. Hinzu kommen bilaterale Kredite der KfW für Griechenland, Anteile am EU-Rettungsprogramm für Griechenland, sowie Haftungsrisiken für die EZB und den IWF.**
- **Der SPD-Haushaltssprecher Carsten Schneider rechnet mit einem Schuldenschnitt für Griechenland - den fordert sogar der IWF -, was nichts anderes bedeutet als eine unmittelbar bevorstehende Realisierung eines Teil dieser Risiken. Dass die Regierung den Eindruck erwecken wolle, die Krise sei überwunden, sei lächerlich. Dass sie selbst, die SPD, Teil des Problems und dessen Verschlimmböserung ist, verschweigt Schneider. Die SPD will, wie die Grünen, mit der Einführung von sog. Eurobonds, also europäischen Staatsschuldverschreibungen, die unbegrenzte Haftung jedes EU-Staates für die Schulden jedes anderen EU-Staates.**
- **Das angesehene IFO-Institut mit dessen Präsidenten Hans Werner Sinn an der Spitze berechnet das derzeitige Haftungsrisiko im Falle eines Zusammenbruchs der Euro-Währung mit 533 Mrd. Euro für Deutschland. Für den Fall seines Fortbestehens ohne das Auftürmen weiterer „Rettungsmaßnahmen“ rechnet das Institut mit einer maximalen Haftungssumme von 637 Mrd. Euro.**

Dieses Schreckenstelegramm ließe sich mühelos erweitern, soll jedoch genügen, um eine Reihe von Fragen daran anzuknüpfen. Was ist dieses durch die Lissabon-Verträge konstruierte Europa für eine Veranstaltung? Wie funktioniert es bzw. warum funktioniert es nicht? Was meinen Politiker, wenn sie davon sprechen: Wir brauchen nicht weniger sondern mehr Europa? Was meint Frau Merkel, wenn sie sagt: „Scheitert der Euro, scheitert Europa“? Was meinen Kohl und Stoiber, wenn sie behaupten, es gehe beim Euro um eine Frage von Krieg oder Frieden?

## Das Europa der Lissabonner Verträge

Die Vereinbarung von Maastricht vom 07.02.1992, die insbesondere die epochale Regelung über die gemeinsame Währung in die Welt bringt, basierend auf dem Delors-Plan vom Dezember 1991, ist der Versuch über das Instrument der Währung einen europäischen Einheitsstaat zu erzwingen. Dahinter verbarg sich das französische Ziel, eine wirtschaftliche Hegemonie Deutschlands in Europa zu verhindern und in Übereinstimmung mit dem romanischen Europa selbst wieder zur Hegemonie zu gelangen. Der Verlust der napoleonischen Vormachtstellung in Europa gepaart mit der damals missglückten veritablen Absicht der Weltbeherrschung schmerzt die politische Elite Frankreichs bis auf den heutigen Tag.

Mitterand oder sein Berater Jacques Attali - das ist nicht ganz geklärt - hat am 17. August 1988 formuliert: „Die Macht Deutschlands beruht auf der Wirtschaft und die D-Mark ist Deutschlands Atombombe.“ Das Wiedervereinigungsgeschehen dramatisierte Frankreichs Phobie und gab ihm zugleich die Chance, Macht auszuüben. Mitterand hat das wirkungsvoll genutzt und sich störend eingemischt. Er liebe Deutschland, hat er öffentlich gesagt, deshalb wünsche er sich, dass es zwei davon gebe. Ob er wirklich im damaligen weltpolitischen Konzert die Statur hatte, nachhaltig den Wiedervereinigungsprozess zu gefährden, darf bezweifelt werden. Die Gestalter waren die Präsidenten Bush Senior und Gorbatschow. Selbst Thatcher hatte wohl nicht den Aktionsradius, den Lauf der Weltgeschichte aufzuhalten. Immerhin erreichte Mitterand, dass Helmut Kohl am 4. Januar 1990 ihm gegenüber auf dessen Landsitz die „klare und glaubhafte Zusage“ gegeben hat, eine gemeinsame Währung zu installieren.

Jacques Delors, von 1985 bis 1995 Präsident der EU-Kommission und wie Mitterand Sozialist, war der willige Vollstrecker des großen Plans. Das Projekt war sonach ein zutiefst politisches. Wirtschafts- und insbesondere währungstheoretische Implikationen spielten eine untergeordnete Rolle. Die französische Vorstellung von der Rolle der Planifikation trug über alle Probleme der widerständigen Welt hinweg. Der Glaube an die weltbeglückende staatliche Planung ist zudem Sozialisten nicht fremd.

Unter lautem Getöse von der Unabhängigkeit der EZB, den Stabilitätskriterien, gewissermaßen in Imitation der Deutschen Bundesbank, wurde das Wichtige - etwa die Sanktionen bei Nichteinhaltung der Verschuldensquote und des Defizitverbots - in Kautelen verpackt, die niemals zu einer wirkungsvollen Durchsetzung dieser Maßgaben führen konnten. Die Kriterien selbst wurden in einem Zusatzprotokoll niedergelegt, nicht etwa in den Vertrag hineingeschrieben. So war die Spur für das Desaster gelegt, das wir heute haben, unbeschadet der grundsätzlichen Bedenken der seriösen Wissenschaft, dass die ganze Konstruktion aus währungstheoretischen Gründen nicht funktionieren könne. Der Chefredakteur von Le Figaro feixte nach dem Vertragsabschluss von Maastricht in seiner Zeitung: „Le boche payera tout!“ (etwa: der hässliche Deutsche bezahlt alles!) Dies ist für den gebildeten Franzosen eine klare Ansage. Denn dieser kennt die Formulierung. Sie ist eine markante historische Redewendung. Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen am Ende ersten Weltkriegs, der französische General Foch, kommentierte mit dieser Bemerkung die Übergabe des Waffenstillstandspapiers am Eisenbahnwagen in Compiègne, in welches er die Grundsatzformel hineingepackt hatte, dass Deutschland zu Reparationen verpflichtet sei. Bekanntlich wurde auch dort nicht diskutiert, sondern die bedingungslose sofortige Unterschrift von der deutschen Delegation verlangt. Nicht zuletzt diese „Kleinigkeit“ war der Zündstoff, weshalb aus dem ersten der zweite 30-jährige Krieg in Europa entstanden ist, wie auch Churchill ihn nannte.

## **Die europäische Verfassung**

Das Projekt der Währungsunion sollte flankiert werden mit einer „Europäischen Verfassung“. Diese sollte aus einem völkerrechtlichen Staatenbund einen europäischen Bundesstaat machen, also ein Gebilde völlig anderer rechtlicher Qualität. Während man sich in Deutschland damit quälte, wie man diesen „Verfassungsvertrag“ ohne eine Volksabstimmung über die Bühne bekäme, war für Länder wie Frankreich und Holland klar, dass eine solche Metamorphose (Gestaltungswandlung) der Abfrage des Souveräns, also des Volkes, bedurfte. Diese wurde in Frankreich am 29.05.2005 und in den Niederlanden am 01.06.2005 durchgeführt. Die Ergebnisse kennen

Sie. Die Völker dieser Staaten haben dem Projekt eine Abfuhr erteilt. Das Projekt war damit gestorben.

Das ließ die politische Oligarchie nicht ruhen. Es wurde ein großer Teil des Inhalts des sog. Verfassungsvertrags in die Verpackung der Lissabonner Verträge gesteckt und dieser gewissermaßen als normaler völkerrechtlicher Vertrag zwischen souveränen Staaten verpackt.

### **Die Lissabonner Verträge**

„Die europäische Union ist die wichtigste überstaatliche Gemeinschaft, in die sich Deutschland einfügt. Auch mit dem Reformvertrag von Lissabon entsteht kein souveräner europäischer Bundesstaat, obwohl er mit EU-Präsident und einem de-facto-Außenminister, einschließlich eines eigenen diplomatischen Dienstes, sowie der politischen Kompetenzausstattung schon sehr nahe an die Wirklichkeit des Bundesstaates heranrückt. Und doch sind die Mitgliedstaaten keine Bundesländer der EU, sondern bleiben selbstverantwortliche Subjekte des Völkerrechts, die einen neuartigen Staatenbund geschaffen haben und fortentwickeln. **Es ist ein Verbund, der ohne Vorbild in der reichen Geschichte politischer Herrschaftsformen steht.**“ Dies schreibt der angesehene Rechtsprofessor und Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio. (Beck Texte GG 43. A. 5003, 43. Aufl. 2011)

Der jetzige EUV, der eigentliche Grundlagenvertrag der Union, der sich als Fortschreibung von Maastricht versteht, wurde am 08.01.2008 im Bundestag beschlossen und trat mit Wirkung von 01.12.2009 in Kraft. In seinem weiten Eingriff in die Souveränitätsrechte war er von Anfang an umstritten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 30. Juni 2009 seine Verfassungsgemäßheit mit einigen Kautelen bestätigt.

„Die Arbeitsweise der Union beruht auf der repräsentativen Demokratie“, sagt der Art. 10. „Die Bürgerinnen und Bürger sind auf Unionsebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten“, steht dort im Abs. 2. Im Art. 14 Abs. 3 findet sich folgende bemerkenswerte Formulierung: **„Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl für eine Amtszeit von 5 Jahren ge-**



**wählt.**“ Jedem Demokraten fällt auf, dass bei diesem Glaubensbekenntnis der Demokratie ein eigentlich nicht hinwegdenkbares Wort fehlt: „**gleich**“! Des Rätsels Lösung: Die Wahl zum europäischen Parlament findet ohne das Prinzip des gleichen Stimmgewichts für jeden Wähler statt. "One man one vote" war das Grundprinzip aller echten Demokratie, soweit sie in unmittelbarer Wahl realisiert wird. Demgegenüber erklärt der Satz 3 des 2. Absatzes des Art. 14 für jedermann verständlich: „ **Die Bürgerinnen und Bürger sind im Europäischen Parlament degressiv proportional, mindestens jedoch mit fünf Mitgliedern vertreten.**“ Was bedeutet das? Es bedeutet in der Theorie, dass je größer ein Land nach Einwohnerzahl, desto relativ kleiner seine Repräsentanz im Parlament ist. Es bedeutet in praxi, dass Malta mit rund 400.000 Einwohnern und 5 Parlamentssitzen pro 80.000 Einwohnern einen Sitz erhält, während Deutschland mit rund 80.000.000 Einwohnern und 99 Sitzen pro 800.000 Einwohnern einen Sitz erhält. Diese Relation bildet sich natürlich in etwa bei der Zahl der Stimmbürger analog ab. Das heißt, das Stimmgewicht pro EU-Bürger variiert mit dem Faktor 10. Wir stellen uns das für die deutschen Landsmannschaften und ihre Vertretung im Bundestag vor.

Das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht, das jedoch nur im Königreich Preußen und nicht für die Reichstagswahlen ab 1871 galt, dürfte kaum eine solche Spreizung an abgestufter Teilhabe der einzelnen Bürger am direkten demokratischen Wahlprozess gehabt haben, wie dies in einem als Quasi-Staat verfassten Europa der Fall ist. Krankenversicherungen müssen nach der Rechtsprechung des EuGH unter Berufung auf den Gleichheitssatz alle Risiken der Versichertenpopulation gleichmäßig auf alle Versicherten verteilen. Es dürfen keine Teilgruppen etwa nach Geschlechtern gebildet werden. (Bei der Kfz-Versicherung gilt dies für junge Motorradfahrer und ältere Sicherheitsautofahrer derzeit noch nicht). Aber bei dem Urelement aller Demokratie, der Wahl der Volksvertretung, gibt es Bürger, die gegenüber anderen Bürgern ein zehnfaches Stimmgewicht zugemessen bekommen. Das kann nicht die Basis eines angeblich demokratischen Europas sein! Zu dem allen kommt hinzu, dass das Parlament weder ein Initiativrecht auf Gesetzgebung noch eine wirklich wichtige Rolle gegenüber dem Rat während des Gesetzgebungsverfahrens hat. Ähnliches gilt für seine Beteiligung am Haushaltsverfahren. Er ist dort auf ein eingeschränktes Veto-Verfahren beschränkt. Auch hier könnte man ironisch sa-

gen. Der eingeschränkten demokratischen Legitimation des Parlaments entspricht seine eingeschränkte Funktion im Kreis der EU-Organe.

Wie Sie wissen, setzt sich dieses Prinzip der verzerrten Repräsentanz (vielleicht ist das die Übersetzung von linearer Degression) durch die ganze Struktur der EU-Institutionen fort. Zumindest derzeit noch erhält jedes Mitgliedland einen Sitz in der Kommission, einem der Schlüsselorgane des Institutionengefüges der EU. (Art. 17 Abs. 4) Das Gleiche gilt für den Europäischen Gerichtshof und die EZB. Die Teilhaberechte an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in diesen Organen sind durch numerisch gleiche Repräsentanz identisch, obwohl die Völker, die jeweils einen Vertreter entsenden sich in ihrer Größe um bis zum 200-fachen unterscheiden. Dies ist weder demokratisch, noch gerecht, noch politisch erträglich. Bei der EZB kommt hinzu, dass sinnigerweise die Kapitaleinlage im Wesentlichen nach Größe des BIP berechnet wird, ergo Deutschland 27 % der Verluste des Instituts zu tragen hat, die sich bei Ausfall von Forderungen gegenüber Problemstaaten vorhersehbar einstellen werden. Einen Stimmrechtsanteil im EZB hat Deutschland jedoch nur von ca. 6 % nach einer etwas komplizierten Regelung. Das Auseinanderfallen von Entscheidungseinfluss und Haftung ist hier genauso absurd wie bei der Staatshaftung für fremde Schulden („no bail out“ Art. 125 AEUV). Selbstverständlich ist das beim IWF so wie immer und überall in der Welt: Wer bestellt, bezahlt oder umgekehrt: Wer bezahlen soll, muss auch bestellen dürfen. Stellen Sie sich vor, sie gründen eine GmbH mit einem Freund. Sie zeichnen einen Gesellschaftsanteil von 100 und er von 10 und in der Gesellschafterversammlung haben Sie beide das gleiche Stimmrecht. Das können Sie sich nicht vorstellen? In den Lissaboner Verträgen finden Sie auch dies.

Aber damit nimmt es kein Ende. Neben dem allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlrecht für jeden Rechtsträger demokratischer Rechte, die einzelne natürliche Person, der Bürger, ist das Prinzip der Gewaltenteilung seit der Theoriebildung im 18. Jahrhundert das fundamentale Ordnungsprinzip der Organisation eines demokratischen, ja eines nur irgendwie gerecht funktionierenden Staates. Sie alle wissen, was das heißt und Sie wissen es zu schätzen. Die Parlamente, die Volksvertretung macht die Gesetze. Sie ist die Legislative. Die Regierung führt diese aus und hat sich

an sie zu halten. Sie ist die Exekutive. Und die Gerichte überprüfen auch die Exekutive bis in die letzte Provinzverwaltung, ob sie sich an die Gesetze hält. Sie ist die Judikative.

Wenn wir auch mit diesem fundamentalen demokratischen Blick auf die Lissabonner Verträge schauen, sieht es nicht besser aus. Sie ist zunächst Exekutive (Art. 17 Abs. 1 Satz 5 EUV). Erstaunlicherweise soll sie auch „die Einhaltung des Unionsrechts überwachen“. Schließlich darf es „keinen Gesetzgebungsakt“ der Union geben, der nicht auf einem Vorschlag der Kommission beruht. (Art. 17 Abs. 2). Man traut als gelernter Demokrat, ein wenig mit staatsrechtlichen Überlegungen vertraut, seinen Augen nicht. Das Letztere war ein Merkmal der Verfassung des Kaiserreichs von 1871, weshalb man es in Geschichte und Politikwissenschaft auch eine „unfertige Demokratie“ nannte. Der Reichstag hatte kein Gesetzesinitiativrecht. Dies lag ausschließlich bei der Reichsregierung. Ist das nicht ein fataler Befund. Wir befinden uns also in Europa auf dem demokratischen Standard von 1871 im deutschen Kaiserreich. Das löst die ironische Frage aus, ob man damals schon sehr weit vor der Zeit war oder heute in Europa eher weit hinten.

Ähnliches können wir von den Organen sagen, denen die entscheidenden Befugnisse in den Verträgen zugesprochen werden. Dies ist zum einen der europäische Rat und zum anderen der Rat. (Art. 15 und 16). Der erstere ist die Versammlung der Staats- bzw. Regierungschefs. Auch hier gilt also zunächst das Prinzip des gleichen Einflusses eines Mitgliedstaates mit 80.000.000 Einwohnern und eines mit 400.000. In diesem Punkt ist man ganz Völkergemeinschaft und nicht Staat, der Staatsbürger hat, ein Parlament und ein Gesetzgebungsrecht, das höherrangig ist als das der derzeit noch nationalen Parlamente. Da Staatschefs bekanntlich die Spitzen der Exekutive sind, ist die spannende Frage, welche Rolle eine Versammlung der obersten Repräsentanten der nationalen Exekutivorgane auf der Ebene der EU spielt. Denn dort ist ja die Kommission zumindest **auch** das Exekutivorgan. Um es gleich zu sagen: Seine Rolle bleibt völlig unklar. Der Europäische Rat „gibt der Union die...erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen fest“. Um die offensichtliche Doppelfunktion dieser Runde der obersten Exekutivvertreter, die sie gewissermaßen am Morgen eines Tages sind, zu kaschieren für unser aller Au-

gen, wird extra formuliert: „Er wird nicht gesetzgeberisch tätig.“ Sie ist in Wahrheit, gewissermaßen am Nachmittag eines Tages, der Initiator aller Gesetze, aber er macht sie nicht selbst, er lässt sie machen. Wie geschieht das?

Durch den Rat, den letzten im Reigen der Organe, der noch nicht erwähnt worden ist. Was nun ist der Rat und wie ist er zu bewerten in seinem Rollenspiel zwischen Exekutive und Legislative? **Er ist in Wahrheit das entscheidende Legislativorgan auf der Ebene der EU.** „Er wird...als Gesetzgeber tätig“, heißt es in Art. 16 Abs. 1. Insoweit ist er die wichtigste Instanz der EU. Das löst die Frage aus, wie er denn zusammengesetzt ist, dass er die so wichtige Legislativfunktion nach demokratischer Lehre ausfüllen kann. Nun findet etwas Erstaunliches statt. Das besteht darin, dass diese so wichtige gesetzgeberisch tätige Runde aus Ressortministern der nationalen Regierungen besteht. Es handelt sich also um weisungsabhängige Kabinettsmitglieder der Runde, die als Europäischer Rat angeblich nicht gesetzgeberisch tätig wird. Dies also ist das Lösungsangebot der Lissabon Verträge für die Gewaltenteilungsfrage. Wer diese Zusammenhänge, die zwar verworren erscheinen, aber letztlich doch überschaubar sind, durchdrungen hat, der versteht, warum **Roman Herzog** (Alt Bundespräsident und vormaliger Präsident des BVerG) im Jahr 2007 in einer großen Wochenzeitung die Behauptung aufgestellt und bewiesen hat, dass **die Europäische Union eine undemokratische Einrichtung sei.**

Das Prinzip je einer Stimme für je einen Staat wird zwar durch bestimmte Mehrheitskautelen für dieses Organ abgemildert, aber daran, dass auf nationaler Ebene weisungsabhängige Regierungsmitglieder auf europäischer Ebene Gesetzgeber sind und damit die nationalen Gesetzgeber aushebeln können und das auch täglich tun, daran besteht kein Zweifel. **Dies ist ein demokratiethoretischer Skandal.** Der Abschluss des mehrere Jahrhunderte währenden Prozesses der europäischen Demokratiebildung, die in die ganze übrige Welt bis heute ausstrahlt, kann nicht eine Konstruktion sein, die die Grundelemente unser aller Demokratieverständnis preisgibt.

Auch Kurt Biedenkopf, ein ehemaliger Rechtsprofessor, Generalsekretär der CDU bei Kohl, Ministerpräsident in Sachsen und ein kluger unabhängiger Kopf schreibt vor wenigen Wochen in einer bedeutenden überregionalen Tageszeitung über die Lage der EU:

„Politisch bedeutet dies“ (die Analyse der derzeitigen Lage) „ein Eingeständnis und eine Zielsetzung. Das Eingeständnis besagt, **dass das bestehende Vertragswerk und seine Institutionen keinen dauerhaften Bestand haben können. Das Ausmaß der Konstruktionsfehler ist zu groß, als dass sie ohne schwere Schäden für die große europäische Aufgabe langfristig beibehalten werden können...Weder gefährdet der Euro Europa –eher liegen die Dinge umgekehrt, und Europa gefährdet seine erfolgreiche Währung. Noch lässt sich Europa allein durch seine wirtschaftliche Dimension beschreiben.**“

Seine freundliche Einschätzung des Euro wollen wir ihm durchgehen lassen. Er war Rechts- und kein Wirtschaftsprofessor. Aber seine Fundamentalkritik am Lissabon Vertragswerk teilen wir, muss man teilen, wenn man Demokrat ist und daran glaubt, dass dauerhaft und nachhaltig eine politische Oligarchie, eine Eurokratie nicht gegen die europäischen Völker, Nationen, Bürgergesellschaften der Staaten in Europa sich durchsetzen und gegen deren Willen regieren kann. Dies gilt eben auch für das Beharren auf der gewaltigen Fehlentscheidung in Sachen Währung und es gilt, und das ist der primäre Sinn dieses Vortrags, auch für Phantasmagorie eines europäischen Großstaates mit 500.000.000 Einwohnern. Was das Währungsdesaster angeht, würde man wenigstens eine Einsicht in gemachte Fehler erwarten, wenn denn schon die wissenschaftliche Politikberatung nicht funktioniert hat. An mahnenden Stimmen aus berufenem Munde hat es seinerzeit beim Maastricht Vertrag nicht gefehlt. Aber, wie sagt ein weiterer kluger Mann, Karl Deutsch: „Macht ist das Privileg, nicht lernen zu müssen!“

## **Der Mammutstaat**

Wir haben ein wenig berichtet, **wie** Europa funktioniert. Dabei war schon Vieles zu ahnen darüber, **warum** es nicht funktioniert. Dies verbindet sich mit der Frage, was Politiker meinen, wenn sie davon sprechen, man brauche nicht weniger, wie wir von der AfD behaupten, sondern mehr Europa. Wir haben gehört, dass wir es staatsrechtlich mit einem neuen, unbekanntem, vielleicht einem Fabelwesen zu tun haben, was dieses Lissabon Europa angeht. Auf alle Fälle steht fest, dass wir alle, die Völker Europas, an

der Schwelle zu einem Staat stehen, bei dem zwar die Staatsgewalt nur sehr entfernt und sehr unvollkommen vom Volk ausgeht und, nachdem das Volk sie unmittelbar bei Wahlen zum Europäischen Parlament ausgeübt hat in der unvollkommenen Weise, wie es ihm erlaubt wird, sie dann irgendwo verloren geht, aber wir haben **derzeit noch** ein Substrat souveräner Einzelstaaten.

Wenn also Politiker oder wer immer von Mehr Europa sprechen, können sie nur meinen, dass die Schwelle, der kleine Tritt zum Mammutstaat mit 500.000.000 Einwohnern, einer Zentralregierung in Brüssel, mit Bürgern, die einander in mehrdeutiger Hinsicht nicht verstehen, gegangen werden müsse. Erstaunlicherweise sprechen sie das aber nicht aus. Sie sprechen nie von dem 500-Mio.-Einwohnerstaat, sondern umschreibend von Mehr Europa. Warum tun sie das, wo doch völlig klar ist, worum es eigentlich geht. Denn eine Schwelle ist kein langer Weg, den man vielleicht in seinem Verlauf oder an seinem Ende nicht einsehen kann. Ich sage Ihnen meine Erklärung dafür. Sie haben Angst davor es auszusprechen, weil sie wissen, dass in Wahrheit die Völker Europas es nicht wollen. Diese Völker wollen in Frieden und sogar freundschaftlich miteinander leben. Sie wollen vielleicht sogar eine gewisse verbindliche europäische Organisation. Dabei wird die Sache schon schwierig.

Denn wenn zwei das Gleiche wollen, dann ist dann noch lange nicht das Gleiche. Die Euro-Ideologen erzählen uns ja immer, der Euro sei nicht nur eine Währung, sondern ein Symbol für eine europäische Idee. Richtig verstehen kann man das nicht, zumal nicht klar ist, wie sich eine Idee in Geld ausdrückt. Bei der DM kann man das schon eher sagen, weil sie zum Symbol des Denkens von nachhaltigem Wirtschaften geworden ist. Dazu gehört eben eine möglichst stabile Währung. Dazu gehört eben eine Beschränkung von Verschuldenspolitik. Beides ging noch nie zusammen. Es hängt die Fantasie wirtschaftlichen Wohlergehens an der DM. Und das Alles hat seinen bekannten historischen Hintergrund. Wenn zweimal in 20 Jahren alles Geldvermögen zerfällt, dann ist das ein Verlust an Lebenschancen, an Zukunftssicherung und an Alterssicherung für einen selbst. Es ist aber auch eine Vorsorge für Familien und Kinder, die es diesen Jahren noch reichlich gab. (Nebenbei bemerkt: Diese Beziehung gab es auch zur

Goldmark, der Reichswährung seit 1871, die auf einer Deckung und einer Bindung an dieses Edelmetall beruhte und noch stabiler war als die DM)

Wir Deutschen fühlen uns vielleicht besonders hart betroffen, wenn wir statt einer DM eine Weichwährung bekommen. Vor allem auch dann, wenn uns eine Art Fortsetzung einer vergleichbar soliden Währung versprochen worden war. Und das war der Fall. Und die schwäbische Hausfrau war auch schon dabei. Was kostet uns der Euro, wurde auf einem Plakat der CDU bei der Europa-Wahl im Jahr 1999 rhetorisch gefragt. Darunter war zu lesen: „**Muss Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen?** Auch dies sollte eine rhetorische Frage sein, die auch gleich und klar beantwortet wurde. „Der Maastrichter Vertrag verbietet ausdrücklich, dass die Europäische Union oder die anderen EU-Partner für die Schulden eines Mitgliedsstaates haften. Mit den Stabilitätskriterien des Vertrages und dem Stabilitätspakt wird von vornherein sichergestellt, dass die Nettoneuverschuldung (das, was hier gemeint ist, heißt Defizit und nicht Nettoneuverschuldung) auf unter 3 % des BIP begrenzt wird...**Eine Überschuldung eines Euro-Staates kann daher von vornherein ausgeschlossen werden.**“ Wir haben nur wenig zu diesem delikaten Thema gesagt. Daher darf angemerkt werden, dass es 120 Defizitverfahren gegen einzelne Staaten in Summe gab in den vergangenen Jahren seit Euro-Einführung. Nicht eines hat zu irgendetwas geführt. („Die Kommission überwacht das Unionsrecht, sie übt ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit aus, und kein Kommissionär darf von seiner Regierung Weisungen annehmen“. Dies Alles steht im Art. 17 EUV.)

Was also könnte unser Motiv sein, mehr Europa zu wollen? Es ist mit Vernunft nicht zu erklären. Die Qualität der europäischen Institutionen kann es nicht sein. Sie sind nicht demokratisch, sie brechen das selbst gegebene Recht, sie häufen Schulden auf, die niemand abtragen kann, schon gar nicht die, die sie aufhäufen. Sie stellen 40.000 Mitarbeiter an, von denen 7.500 mehr verdienen als ein deutscher Bundeskanzler, zumindest bekommen sie mehr. Diese haben soeben gestreikt, weil man ihnen eine 40 – Stunden Woche zumuten und die Pension erst mit 65 statt mit 63 Jahren auszahlen will. Sie zahlen zudem keine nationale Einkommenssteuer sondern eine privilegierte an ihren Arbeitgeber usw. Die Parlamentäre, in einem zweifelhaften Verfahren gewählt, ohne den Kern einer wirklichen

parlamentarischen Funktion, aber mit einem beamtenähnlichen Status ausgestattet, der dazu führt, dass ein polnischer Parlamentär mehr verdient als sein Staatspräsident usw.

Völlig unabhängig von der Einbeziehung in Haftungsverbände, die dieses Land in schwerstes Wasser führen werden, möglicherweise in einen eigenen Staatsbankrott mit einer dritten Totalinflation seit den 20er Jahren, zahlen wir jährlich als größter Nettozahler mit dem geringsten Einfluss in den Institutionen ca. 10 Mrd. Euro, deren Verwendung, vorsichtig ausgedrückt, äußerst zweifelhaft sind. Nicht ein Führungsamt hat ein Deutscher inne und das seit vielen Jahren. Der Präsident der Kommission ist ein Portugiese, der EZB-Präsident ist ein Italiener, davor ein Italiener und eine Franzose. Der Präsident des EUGH ist ein Grieche. Und das einzige Präsidiumsmitglied in der EZB ist ein Sozialdemokrat. Die romanische Fraktion lässt grüßen und deutsche Sozialdemokraten werden dort Ehrenmitglieder.

Dies Alles lässt uns in großem Zweifel zurück, wieso ein vernünftiger Mensch **mehr** von dem allen wollen soll. Und die schiere Größe eines 500 Millionenstaates muss doch jeden Demokraten zusätzlich erschrecken. Gestern waren die Meinungsführer im Lande noch für ein Europa der Regionen, wo Menschen noch personale Beziehungen knüpfen können zu einer staatlichen Struktur. Wie soll das in dem dritteinwohnerreichsten Land der Welt geschehen. Die Grünen bejubelten auch jede kleine Einheit, bei Energieversorgung, Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte. Das Alles war einmal.

Das wirft die spannende Frage auf, ob und wenn ja, was andere an Europa in solchen Strukturen sexy finden könnten. Es ist vielleicht gar nicht die Liebe zu einer europäischen Idee, wie immer man die formulieren könnte. Es ist vielleicht die Liebe zum Geld und insbesondere dem der anderen. Wenn eine Maus und ein Elefant befreundet sind und in der Kalahari beginnt die Regenzeit. Dann sagt die Maus zu ihrem Freund: „Mein Freund, wir schließen einen Freundschaftspakt. Wenn demnächst die große Flut kommt. Steht jeder dem anderen bei. Ist das nicht ein faires Angebot? Könnte es sein, das Europa ein faires Angebot ist? Haben nicht vielleicht andere ganz andere Motive, die sie das Gleiche wollen lässt, wie etwa Herr Schäuble. Er sagte am 17. April in einem Interview in der Welt auf die Fra-



ge, ob das mit dem Euro klappen könnte, ohne eine politische Union: „Schon damals“ (gemeint ist zur Zeit des Abschlusses des Maastricht Vertrages) „war Deutschland für eine politische Union, fand dafür aber keine Mehrheit. Wir haben uns deshalb entschieden, über die Wirtschafts- und Währungsunion hin zur politischen Einheit zu kommen. Wir hatten die Hoffnung –und haben sie noch-, dass der Euro schrittweise die politische Union herbeiführen wird.“

Woher weiß Schäuble, dass damals Deutschland für „eine politische Union“ war. Wen hat er gefragt, um das herauszufinden? Wie wir alle wissen und Herr Schäuble auch, - Kohl hat es einmal formuliert- wäre die DM nicht abgeschafft worden, hätte man das Volk, den Souverän gefragt. Wer oder was gibt Herr Schäuble das Recht seinen Willen an die Stelle des Willens dieses Volkes zu stellen. Sie sehen, demokratische Strukturen braucht die politische Oligarchie nicht. Sie sind im höchsten Maße hinderlich. Deshalb ist Europa in Lissabon so konstruiert worden, wie wir uns das in Grundzügen angeschaut haben. **Meine Damen und Herren, verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, es riecht nach Staatsstreich!**

In diesen Tagen fordert Klaus Harpprecht, der frühere Redenschreiber von Willy Brandt, (FAZ vom 15.08.13) die Auflösung der europäischen Nationalstaaten. Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Staaten müssten eingeebnet werden. Es müsse ein horizontaler Finanzausgleich zwischen den Ländern her. Den Briten empfiehlt er, sie mögen aus der EU austreten. Es könnte sein, dass wir Freunde brauchen. Die Briten, die wir ja vor dem ersten Weltkrieg Vettern nannten, und die Nationalfranzosen könnten uns den Freundschaftsdienst erweisen, um uns vor Schäuble, Merkel, Trittin und dem Erzengel Gabriel zu retten. Wie man sieht: **Wir brauchen doch Europa, jedoch aus andern Gründen. Der Opa ist ein frommer Mann ...**

Niederstein, den 18. August 2013 Albrecht Glaser

